

Frankfurt am Main, den 20. Februar 2021

Pressemitteilung

Sylvia Weber, Dezernentin für Integration und Bildung, bekräftigt Forderung nach einer Notbetreuung am Nachmittag. Dank an die Eltern für Hinweise auf Schwierigkeiten vor Ort

Mit dem bevorstehenden Beginn des Wechselmodells an hessischen Schulen erreichten das Dezernat für Integration und Bildung der Stadt Frankfurt einige Hinweise von Eltern sowie eine Pressemitteilung des Stadtelternbeirats auf Befürchtungen, dass die Notbetreuung für Schüler:innen, die nicht im Präsenzunterricht sind, nur am Vormittag stattfinden könne. Neben den Ausführungen des Landes, wonach der Nachmittag kein Bestandteil der „verlässlichen Schulzeit“ und die Notbetreuung nur für fünf Stunden am Vormittag vorgesehen sei, habe auch ein Brief des Stadtschulamts für Irritationen gesorgt.

Mit Verständnis reagierte Integrations- und Bildungsdezernentin Sylvia Weber nun auf diese Sorgen: „Es ist doch vollkommen klar, dass eine Notbetreuung ganztägig stattfinden muss. Berufstätige Eltern sind darauf angewiesen und als Gesellschaft müssen wir auch die Versorgung der so genannten systemrelevanten Berufsgruppen sicherstellen.“ Es sei eine falsche Annahme, dass Eltern ihre Kinder leichtfertig in die Notbetreuung geben würden, so Weber. Richtig sei vielmehr, dass Eltern sich viele Gedanken darüber machten, ob sie die Betreuung zu Hause sicherstellen können, ob das mit dem Gesundheitsschutz vereinbar ist, und dass sie die Notbetreuung nicht unüberlegt in Anspruch nähmen. „Umso wichtiger ist es, dass diejenigen, die auf eine ganztägige Betreuung angewiesen sind, auch ein verlässliches und unter optimalen Hygiene-Voraussetzungen stattfindendes Angebot vorfinden“ sagte Weber.

Die Dezernentin gab jedoch zu, dass die mit den Kommunen nicht abgestimmte Verordnung des Landes Frankfurt und sicher auch andere Städte und Kreise vor enorme Probleme gestellt habe. „Ich kann nicht verhehlen, dass wir hier manchmal an die Grenzen unserer Ressourcen und Kreativität gelangen. Das Land geht mit seiner Verordnung davon aus, dass die städtischen Beschäftigten und die Mitarbeitenden der

Träger in der ESB oder der Jugendhilfe einfach für die Vormittagsbetreuung herangezogen werden können. Dann aber fehlen diese Kräfte am Nachmittag, so Weber. Die Lage sei wirklich dramatisch, schließlich gebe es unter den Betreuungskräften ebenfalls Risikogruppen, einen hohen Krankenstand und natürlich die Vorgabe, dass Gruppen nicht gemischt werden dürften, was wiederum zusätzliches Personal benötige.

„Ich kann und werde aber nicht zulassen, dass diese Probleme nun auf dem Rücken der Beschäftigten oder der Eltern und Kinder ausgetragen werden. Als Dezernentin werde ich alles daran setzen, eine Lösung mit den Trägern zu vereinbaren, welche die Notbetreuung am Nachmittag sicherstellt.“ Dabei brauche man alle Beteiligten, damit in jeder einzelnen Schule flexibel geschaut werden könne, wie man vor Ort die personellen Ressourcen optimal einsetzen könne.

„Ich appelliere aber noch einmal nachdrücklich an das Land, die künftigen Verordnungen vorher mit den Kommunen abzustimmen und nicht die Schulen mit den fehlenden Ressourcen alleine zu lassen“, so Weber. Es sei bereits sehr schwierig mit den uneinheitlichen Vorgaben vom Kultus- und Sozialministerium umzugehen. „Während der Kultusminister - wie dargestellt - für die Schulischen Angebote keine Notbetreuung am Nachmittag vorgesehen hat, hat der Sozialminister für die Krippen, Kitas und Horte einen ‚Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen‘ verfügt. Dieser bedeute die vollständige Öffnung der Einrichtungen für alle angemeldeten Kinder unter Einhaltung der Hygienepläne. Dies haben wir umgesetzt, aber es passt nicht mit den Regelungen des Kultusministers zusammen, sondern führt zur Ungleichbehandlung.

Auch den Stadtelternbeirat bat die Dezernentin um Zusammenarbeit: „in der Krise müssen wir alle zusammenstehen. Der STEB ist für mich ein unverzichtbarer Ratgeber in dieser Situation. Darum sitzen wir mittlerweile fast wöchentlich zusammen. Ich danke diesen engagierten Eltern, dass sie sich die Zeit für den Austausch nehmen und sich immer wieder einmischen. Aber offen gestanden würde ich mir hin und wieder wünschen, dass offene Fragen und Probleme dann auch in einem dieser zahlreichen Termine angesprochen oder zumindest per Telefon geklärt werden und nicht über Pressemitteilungen kommuniziert würden.“ Nur dann könne man sicherstellen, dass schnellstmöglich geholfen werde. „Alles andere bindet einfach zu viel Zeit und Ressourcen in dieser ohnehin extrem herausfordernden Zeit“, so Weber abschließend.

Dezernat XI, Integration und Bildung

Kontakt: Jan Pasternack

E-Mail: [bildungszernat@stadt-frankfurt.de](mailto:bildungsdezernat@stadt-frankfurt.de)